

Steuer als Alternative zur Bargeldabschaffung

JP Koning

Deutsche Übersetzung von Andreas Bangemann

Banknoten von hohem Nominalwert sind in internationalen Fachkreisen in der Diskussion.

Strittig ist eine wichtige Eigenschaft des Bargelds, die sowohl positiv, wie negativ bewertet werden kann: Die Anonymität beim Bezahlen. Einiges spricht dafür, eine Trennung innerhalb der Geldpolitik vorzunehmen, die im Ergebnis sinnvolle Maßnahmen in Bezug auf die Anonymität von Bargeldzahlungen zulässt, ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten.

JP Koning plädiert für eine Steuer auf Bargeld, anstelle der Abschaffung.

Einleitung der Redaktion

Ken Rogoff fordert bekanntlich ein Verbot von Banknoten mit hohem Wert, um gegen Steuerhinterziehung und Kriminalität vorzugehen. Aber anstatt Geldscheine bestimmter Größen komplett zu verbieten, könnte man auch einen marktbezogenen Ansatz verfolgen, indem man eine Steuer einführen würde. Neben weiteren Vorteilen gäbe eine Steuer den Menschen Flexibilität. Es bliebe ihnen überlassen, bezüglich der Einschränkung der Verwendung von Geldscheinen den für sie billigsten Weg zu finden. Ein vergleichbares Verfahren hat man auch gewählt, um Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Warum also diesen steuerlichen Weg nicht auch bei Banknoten gehen?

Mein Beitrag für das „Sound Money Project“^[1] hinsichtlich der Einführung von Preisen für den Vorteil finanzieller Anonymität befasste sich mit dieser Idee. Die Eigenschaft der Anonymität von Banknoten ist sowohl „gut“ als auch „schlecht“. Menschen haben eine legitime Nachfrage nach einem finanziellen Schutzraum; einer sicheren Zone, in der weder Freunde, Familie, Regierung noch andere Dritte sehen können, was sie kaufen oder verkaufen. Heutzutage ist Bargeld der einzige Weg, dies zu gewährleisten.

Jedoch kann dieser Schutzraum für Steuerhinterziehung missbraucht werden. Die daraus resultierende Finanzierungslücke zwingt die ehrliche Steuerzahlermehrheit dazu, einen höheren als ihren gerechten Anteil für staatli-

che Dienstleistungen zu bezahlen. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar.

Die Financial Privacy Tax^[2]

Eine Möglichkeit, dieser Ungerechtigkeit zu begegnen, besteht darin, den Preis der Banknotennutzung so anzuheben, dass damit die Kosten des Verlusts durch Steuerhinterzieher kompensiert werden. Mit einer Steuer auf Banknoten, nennen wir es eine „Financial Privacy Tax“, lässt sich das erreichen. Sie internalisiert externe Kosten, bzw. den finanziellen Schaden, der anderen zugefügt wird.

Interessanterweise gibt es diese Steuer bereits. Für jede von ihr ausgegebene Banknote erhält eine Zentralbank normalerweise ein risikoloses, verzinsliches Wertpapier in ihren Bestand. In einem freien Markt würde dieser so von der Zentralbank eingenommene Zins den Inhabern von Banknoten zugutekommen, zum Beispiel durch die Einführung von Lotterien zugunsten von Seriennummern auf den Banknoten. Anstatt die vereinnahmten Zinsen umzuverteilen, behält die Zentralbank sie jedoch zurück. Der Betrag, den sie einbehält, stellt gewissermaßen die Financial Privacy Tax dar.

In Kanada zum Beispiel beträgt der Tagesgeldsatz (overnight interest rate) der-

zeit 1,25%.^[3] Da der Zins einer Banknote bei 0% liegt, behält die Bank of Canada \$ 1,25 Zinszahlungen für jede 100-Dollar-Note ein. Auf diese Weise wird ein banknotennutzender Kanadier effektiv mit 1,25 C\$ pro verwendetem 100-Dollarschein besteuert. Wer die Steuerpflicht vermeiden will, zahlt die Banknote auf ein Bankkonto und spart dadurch 1,25% pro Jahr. Aber sobald man das tut, gibt man seine finanzielle Privatsphäre auf.

Zinsen als Instrument der Geldpolitik

Gegenwärtig sind derlei Steuern auf Banknoten nicht bewusst als Beitrag zum Schutz der Anonymität beim Bezahlen gedacht. Damit meine ich, es ist nicht so, dass Zentralbanker sich an einen Konferenztisch gesetzt hätten und intensiv über die Kosten und Vorteile der Anonymität nachgedacht hätten, um die Höhe der Steuer bestmöglich auszutarieren. Sie ergab sich vielmehr zufällig. Historisch betrachtet nehmen Notenbanker einfach an, dass man für Banknoten niemals einen anderen Zins als 0% erzielen kann. (Genau justierbare Zinssätze für Geldscheine, sowohl positive als auch negative, sind tatsächlich ziemlich einfach zu verwirklichen, wie ich zeigen werde). Das bedeutet, dass die Privacy Tax stets so hoch ist wie der zuletzt festgelegte Tagesgeldsatz.

Der Tagesgeldsatz ist indessen Ausdruck eines völlig anderen Denkprozesses: der Geldpolitik. Die Zentral-

1 <https://www.aier.org/article/sound-money-project/pricing-anonymity-banknotes>

2 Anm. d. Red.: Sehr frei könnte man diesen englischen Begriff mit „finanzielle Privatheitssteuer“ übersetzen. Ich bleibe in der Folge auch in der deutschen Übersetzung beim englischen Begriff. Von JP Koning gemeint ist jedenfalls eine Steuer, deren Höhe den Preis bestimmt, der für die Wahrung der Anonymität beim Bezahlen, zu entrichten ist. Die Anonymität selbst wird dadurch in Wert gesetzt. Und weil es sich beim Geld um eine öffentliche Einrichtung handelt fließen die Einnahmen der Staatskasse in Form einer Steuer zu.

3 Anm. d. Red.: Der „Hauptrefinanzierungssatz“ der Europäischen Zentralbank (EZB) liegt derzeit bei 0%, der „Spitzenrefinanzierungssatz“, der im Übernachtsgeschäft zum Einsatz kommt liegt bei 0,25%

banker pendeln den Tagesgeldsatz nach oben oder unten, um das von ihnen gewählte Inflationsziel zu erreichen. Das Problem dabei ist, dass zwei separate Entscheidungen zusammengezwungen werden. Die Höhe, in der die Zentralbank ihre *Financial Privacy Tax* festsetzt, ist zu einem schlecht durchdachten Nebenprodukt ihrer gewählten makroökonomischen Politik geworden.

Hier ein Beispiel für dieses Durcheinander: Wenn die *Bank of Canada* beschließt, die Geldpolitik morgen durch eine Erhöhung ihres Zinssatzes von 1,25 % auf 1,5 % zu straffen, hat sie gleichzeitig eine davon völlig abgetrennte Entscheidung getroffen, nämlich die *Privacy Tax* auf Banknoten um 0,25 % zu erhöhen. Aber während die geldpolitische Entscheidung von einer Fülle von Daten und Berechnungen geleitet wird, ist die Erhöhung der *Privacy Tax* rein willkürlich – kein logischer Gedanke hat eine Erhöhung gerechtfertigt. Man hat vollendete Tatsachen geschaffen.

Betrachten wir es noch aus einem anderen Blickwinkel. Nehmen wir an, dass die *Bank of Canada* festgestellt hat, dass es angemessen wäre, die *Financial Privacy Tax* um 0,25 % zu erhöhen. Mit seinen derzeitigen Werkzeugen kann sie dies nur erreichen, indem sie den Tagesgeldsatz um 0,25 % erhöht. Aber diese Straffung der Geldpolitik könnte möglicherweise die gesamte Wirtschaft ins Trudeln bringen, um ein völlig anderes politisches Ziel zu erreichen, nämlich die angemessene Besteuerung der Privatsphäre.

Es gibt keinen guten Grund dafür, die beiden Entscheidungen nicht voneinander zu trennen. Das Instrument, das es den Zentralbankern ermöglichen würde, dies zu tun, ist die Befähigung, positive und negative Zinssätze für Banknoten festzusetzen. Ich habe weiter oben von Lotterien der Seriennummern gesprochen, mit deren Hilfe positive Zinsen ausbezahlt werden könnten. Im Weiteren werde ich eine Möglichkeit erörtern, wie negative Zinsen bezahlt werden können. Um zu erkennen, wie diese Instrumente geldpolitische Entscheidungen erfolgreich von jenen der *Privacy Tax* trennen könnten, kehren wir zu unserem vorherigen Beispiel zurück. Sollte die *Bank of Canada* den Tagesgeldsatz aus geldpoli-

tischen Überlegungen von 1,25 % auf 1,5 % erhöhen, will aber die *Financial Privacy Tax* nicht ändern, dann könnte sie gleichzeitig den Zinssatz für Banknoten von 0 % auf 0,25 % erhöhen. Die ursprüngliche Steuer von 1,25 % bliebe dadurch für den Geldscheinbesitzer intakt. Er erhält die Erhöhung der Steuer durch die 0,25 % Zinsen auf seine Scheine ersetzt.

Umgekehrt würden diese Instrumente es ermöglichen, die *Privacy Tax* zu erhöhen oder zu senken, ohne eine potenziell schädliche Änderung der Geldpolitik auszulösen. In unserem Beispiel würde die *Bank of Canada*, um die *Privacy Tax* von 1,25 % auf 1,5 % zu erhöhen, bei gleichzeitigem konstant Halten des Tagesgeldsatzes, den Zinssatz für Banknoten von 0 % auf -0,25 % ändern. Dadurch werden Besitzer von Banknoten mit 1,5 % pro Jahr besteuert, wovon 1,25 % auf den entgangenen Tagesgeldsatz entfallen und der andere Teil der 0,25 %-ige Negativzinssatz ist. Dies würde ohne eine Verschärfung oder Lockerung der Geldpolitik erreicht.

Damit hätten wir Grundlegendes erreicht: Geldpolitische Entscheidungen wären von jenen zur *Privacy Tax* getrennt. Der Vorteil, diese beiden Denkprozesse aufteilen zu können, besteht darin, dass es fortan möglich ist, genauestens darüber nachzudenken, welches der richtige Steuersatz für die Privatsphäre sein sollte.

Die Feineinstellung



Ob die Steuer auf Banknoten ausreichend hoch ist, bleibt eine stets zu klärende Frage. Erinnern wir uns daran, worin das zu lösende Problem besteht: Eine kleine Gruppe von Bürgern bezahlt ihren gerechten Anteil an den Steuern nicht, indem sie die Nicht-Nachverfolgbarkeit von Banknoten ausnutzt. Die von der *Bank of Canada* derzeit auferlegte Steuer von 1,25 % pro Jahr auf Banknoten reicht möglicherweise nicht aus, um den Schaden auszugleichen, den diese Nicht-Nachverfolgbarkeit für alle anderen darstellt. Vielleicht braucht es dafür zwei Prozent Steuer auf Banknoten, oder gar fünf oder zehn Prozent.

Nehmen wir an, wir haben die kanadische *Financial Privacy Tax* von 1,25 % auf 5 % erhöht. (Im Moment brauchen wir uns nicht so sehr darum kümmern,

wie die Steuer erhoben wird. Ich werde darauf noch eingehen). Ein ungünstiger Nebeneffekt ist, dass legale Nutzer von Banknoten – Leute ohne Bankkonto oder solche, die aus persönlichen Gründen Geld halten wollen, ohne kriminelle Steuerhinterziehungs-Interessen zu verfolgen – dadurch in einem Steuernetz gefangen sind, das es im Grunde auf illegale Nutzer abgesehen hat. Das scheint nicht sehr fair zu sein. Könnte es einen genauer abgestimmten Mechanismus geben, mit dem wir Gauner besteuern können, während wir Ehrliche verschonen?

In seinem umstrittenen Buch über das Verbot von Banknoten mit hohem Nennwert gibt Ken Rogoff den entscheidenden Hinweis. Basierend auf der Annahme, dass die kriminelle Verwendung von Geldscheinen weitgehend auf Banknoten mit hohem Nennwert beschränkt ist, schlägt er vor, dass nur 100-Dollar-, 50-Dollar- und vielleicht 20-Dollar-Noten verboten werden sollten. Wir wollen hingegen keine Abschaffung, sondern lediglich eine Steuer. Wenn Rogoffs Vermutung in Bezug auf die kriminelle Verwendung stimmt, dann hätte man mit Hilfe einer gestaffelten Steuer auf Banknoten eine bessere Alternativmöglichkeit, als mit einer pauschalen Steuer. Die hohen Nennwerte würden stärker belastet als die niedrigen.



Derzeit besteuern alle Zentralbanken die gesamte Palette der Banknotennennwerte zum gleichen Satz. Im Falle Kanadas belastet der derzeitige Steuersatz (der Tagesgeldzins) von 1,25 %, die 1.000 Kanada-Dollarnote (C\$) (in Kanada gibt es tatsächlich 1.000-Dollar-Noten), in relativ gleicher Höhe wie 100-Dollar- oder 10-Dollar-Scheine. Für 1.000 C\$ sind das 12,50 C\$ pro Jahr. Aber ein 1.000-Dollarschein eignet sich weit besser zur Steuerhinterziehung, weil er bessere Anonymitätsdienste pro Gramm leistet als eine 10-Dollar-Note. Zumindest ist eine Tasche voller Zehnersperrig und deutlich erkennbar, ein Umschlag mit ein paar 1.000-Dollar-Scheinen hingegen nicht.

Angesichts der übergroßen Anonymität, die durch 1.000-Dollar-Scheine bereitgestellt wird, wäre es angebracht, den Steuersatz von 1,25% auf 10-Dollar-Scheine zu belassen, hingegen jenen auf 1.000 C\$-Dollar auf beispielsweise 12,5% zu erhöhen. Einen Steuerhinterzieher, der einen 1.000-Dollar-Schein besitzt, würde die Steuer dann mit 125 US-Dollar statt nur 12,50 US-Dollar belasten, während ein regulärer Nutzer, der nur ein paar 10-Dollar-Scheinen hat, keiner Erhöhung der banknotenbezogenen Steuern ausgesetzt wäre. (Es könnte sogar eine gute Idee sein, die Steuer auf kleine Banknoten auf Null zu reduzieren.) Durch die Erhöhung der Steuer auf Banknoten mit hohem Nennwert erschließt die *Bank of Canada* eine zusätzliche Einnahmequelle. Das bedeutet, dass zumindest ein Teil der durch Steuerhinterziehung verursachten Einkommenslücke nun geschlossen und der Schaden behoben werden kann, der ehrlichen Steuerzahlern zugefügt wird.

Wie könnten wir die Anhebung der Financial Privacy Tax für Banknoten mit hohem Nennwert umsetzen?

Die Zentralbanken verfolgen derzeit eine Politik, wonach die Wechselkurse für verschiedene Notenwerte immer konstant bleiben. Ein 10-Dollar-Schein ist immer in 10 Ein-Dollar-Scheine umtauschbar, und ein 100-Dollar-Schein in zehn 10-Dollar-Scheine. Das müsste nicht so bleiben.

Um die Steuer einzuführen, könnten die Zentralbanken damit beginnen, den Wechselkurs zwischen den Banknoten zu variieren. Nehmen wir die USA als Beispiel. Anstatt die 100-Dollar-Note zum Nennwert zurückzunehmen, würde die Federal Reserve (*Fed*) den Kurs, zu dem sie die 100-Dollar-Note einlöst, langsam reduzieren. Dieser stufenweise Preisverfall von Einhunderter-Scheinen würde in Form eines Verlustes für die Nutzer an die Öffentlichkeit weitergegeben werden, wobei dieser Verlust als Steuer funktionieren würde.^[4]

⁴ Einen ähnlichen Vorschlag machte 2013 auch Miles S. Kimball, allerdings nicht mit dem Aspekt auf den Privatsphärenschutz beim Bargeld, sondern in Bezug auf den Umgang mit Negativzinsen. Sein Aufsatz „Negative Interest Rate Policy as Conventional Monetary Policy“ wurde 2016 in deutscher Übersetzung in der Zeitschrift für Sozialökonomie Heft 188/189 nachgedruckt: <https://tup.de/ZFS0e-188-189>

Zum besseren Verständnis will ich ein konkretes Beispiel durcharbeiten. Nehmen wir an, dass die *Fed* eine zusätzliche 5% ige *Financial Privacy Tax* auf die 100-Dollar-Note erheben will, aber nicht auf andere Scheingrößen. Die *Fed* setzt den 31. Dezember 2018 als den letzten Tag fest, an dem sie einen 100-Dollar-Schein einlösen wird und zwar entweder für:

- eine 100-Dollar-Einlage bei der Zentralbank oder
- Scheine im Wert von \$ 100 in den Dollargrößen Einer, Fünfer, Zehner, Zwanziger und / oder Fünfziger. Am ersten Tag der neuen Richtlinie, dem 1. Januar 2019, kann ein 100-Dollarschein für ein kleines bisschen weniger, sagen wir 99,93 Dollar, eingelöst werden. Tägliche Reduzierungen werden fortgesetzt, so dass die *Fed* den Kurs bis Ende 2019 um 5% auf 95 US-Dollar gesenkt haben wird.

Das bedeutet: Wenn man am 31. Dezember 2019 eine Banknote in Höhe von \$100 bei einer Bank einzahlt, in der Folge die Bank besagte Note bei der *Fed* (Zentralbank) einzahlt, dann schreibt die *Fed* der Bank lediglich \$ 95 gut, keine \$100. In Erwartung dessen hätte man als Kunde von der Bank bei der ursprünglichen Einzahlung nur \$ 95 gutgeschrieben bekommen. Voilà, die *Financial Privacy Tax* ist einbehalten. Jeder, der eine 100-Dollar-Note für einen bestimmten Zeitraum hält, bezahlt umgerechnet eine jährliche Steuer von

5%. Wer andererseits zwanzig 5-Dollar-Scheine hält, vermeidet die Steuer.

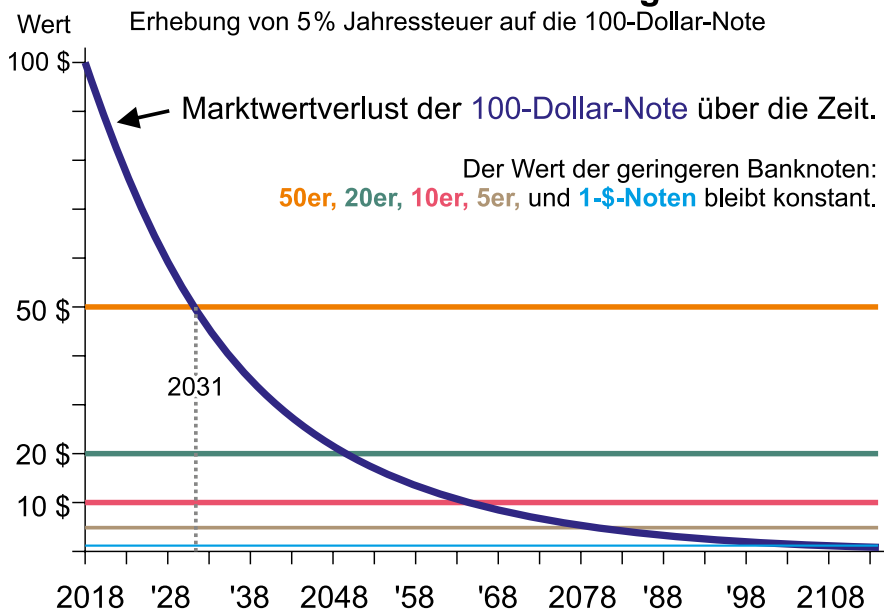
In Fortsetzung unseres Beispiels wird die Rückzahlungsrate der *Fed* bis Ende 2020 um weitere 5% auf 90,25 USD fallen. Ende 2021 würden die 100 Dollar noch 85,74 Dollar wert sein, und so weiter.

Im Laufe der Zeit wird die Sache etwas skurril. Bis zum Jahr 2031 wird der Marktwert besagten 100 US-Dollar-Scheins unter den der 50-US-Dollar-Note gefallen sein, und bis zum ersten Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts wird sie weniger wert sein als 1 US-Dollar. Um diese Wertumkehrung und die damit verbundene Verwirrung zu verhindern, wird die *Fed* irgendwann – sagen wir 2026 – die alte Version der 100-Dollar-Noten für ungültig erklären und eine neue 100-Dollar-Note einführen, deren Marktwert wieder 100 Dollar ist. Danach beginnt der ganze Prozess der stetigen Reduktionen von neuem.

Zum besseren Verständnis hier noch einmal eine Zusammenfassung

Die Anonymität, die Bargeld beim Bezahlen bietet, wird oft missbraucht. Warum sollte man jedoch nicht – anstatt Geldscheine (oder Bargeld insgesamt) abzuschaffen – die Täter besteuern? Wir wären dadurch nicht gezwungen, einen völligen Neuanfang (ohne Bargeld) mit ungewissen Folgen zu vollziehen. Die Rendite auf Banknoten ist 0%,

Steuer statt Abschaffung



wenn die Tagesgeldsätze positiv sind, dementsprechend greift bereits heute eine *Financial Privacy Tax* auf Banknoten. Leider setzen die Zentralbanken diese Steuer willkürlich fest, als ungeplantes Nebenprodukt der Geldpolitik. Neue Instrumente zur Erhöhung / Verringerung der Banknotenrendite könnten eine Trennung der beiden Entscheidungsprozesse erleichtern. Diese Werkzeuge könnten verwendet werden, um eine höhere Steuer auf Banknoten mit großer Stückelung zu erheben, während kleinere Banknoten unversteuert bleiben, wobei die wahren Kosten der Anonymität erstmals gebührend berücksichtigt würden.

Nachtrag



Wer sich für das Thema interessiert, dem sei ein guter Beitrag von David Birch zum *Crime Pays System* oder *CPS* von Austin Houldsworth^[5] nahegelegt. Darin steckt eine augenzwinkernd vorgegragene Bedeutsamkeit:

„Während dieses Vortrags schlug Herr Rogers das ‚Crime Pays System‘ (CPS) vor. Bei diesem System würden digitale Zahlungen entweder ‚hell‘ oder ‚dunkel‘ durchgeführt. Der Standardtransaktionstyp wäre ‚hell‘ und für die Nutzer kostenlos. Alle Transaktionshistorien würden in einen öffentlichen Raum hochgeladen (man könnte hierfür die Bitcoin-Blockchain in Erwägung ziehen), die es jedem erlauben würde, die Transaktionsdetails einzusehen. Diese Art der Trans-

5 <https://banknxt.com/61890/cashless-society/>

aktionen soll ein Milieu sozialer Verantwortung fördern.

Der alternative Transaktionstyp wäre ‚dunkel‘. Bei dieser Option würde man mit Hilfe fortschrittlicher kryptografischer Techniken die Zahlung völlig unsichtbar machen, so dass keine Spur des Austauschs zurückbleibt und dadurch alle Transaktionen anonymisiert werden. Eine kleine Abgabe in Höhe von ungefähr 10-20 % würde pro Transaktion gezahlt werden müssen. Der ‚Dark Exchange‘ (die dunkle Transaktion) würde die Privatsphäre für persönliche Finanzen zu einem angemessenen Preis bieten.

Die Einnahmen aus der Nutzung dieses Systems würden von der Regierung dafür verwendet werden, den Verlust an Steuern durch die Schattenwirtschaft auszugleichen.“

Eine ebenfalls lohnende Quelle ist Josh Hendricksons jüngstes Papier *„Breaking the Curse of Cash“* (geschrieben mit Jaevin Park)^[6]. Es ist ein ziemlich technisches Papier, aber es untersucht ein Modell, in dem Münzen und Papiergeld zirkulieren, wobei Münzen eine Belastung für die illegalen Geschäfte von Kaufleuten darstellen, weil sie Lärm machen, was wiederum zur Aufdeckung der illegalen Geschäfte führt.

„Wenn illegale Kaufleute der Gesellschaft externe Belastungen aufzwingen, kann die Regierung durch Festlegung niedriger

6 <https://ssrn.com/abstract=3160989>

Renditen beim Papiergeld und hoher Renditen für die Nutzung von Münzen legaler Händler eine Seignorage von den illegalen Händlern generieren. Damit ist der Umfang des illegalen Handels reduziert, während der Umfang des legalen Handels zunimmt. Dies ist eine Standardlösung für ein Externalisierungsproblem.“

Zum hier vorliegenden Aufsatz fühlte sich der Autor angeregt durch seinen deutlich kürzeren eigenen Beitrag zum „Sound Money Projekt“, der auf den Seiten des „American Institute for Economic Research“ (AIER) erschien. Siehe: <https://t1p.de/Koning-AIER>

Link zum Beitrag von JP Koning in englischer Sprache auf seinem Blog „Moneyness“: <http://t1p.de/Moneyness-tax-not-ban>

Zum Autor

JP Koning, B.A. Economics



Er schreibt über Finanzen und ist Blogger mit Interesse an Geldsystemfragen der Wirtschaft, Wirtschaftsgeschichte, Finanzen allgemein und „Fintech.“ Er arbeitete als Wissenschaftler bei einem

kanadischen Finanzbroker und als Finanzautor und Herausgeber bei einer großen kanadischen Bank. In jüngster Zeit verfasste er verschiedene Papiere für R3, einer „distributed ledger company“ (dezentrale Datenbanken), zu Themen Zentralbank-Kryptowährungen und grenzüberschreitende Zahlungen. Er gründete 2012 den beliebten Blog „Moneyness“. Er gestaltet Wirtschafts- und Finanzcharts für „Financial Graph & Art“.

Koning erhielt den *Bachelor of Arts* in Wirtschaftswissenschaften an der McGill University.

Blog: <http://jpkoning.blogspot.com/>

Steffen Henke: **„Fließendes Geld für eine gerechtere Welt – Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen, wie es funktioniert und welche Auswirkungen es hat“**

Tectum Verlag 2017, Paperback, 464 Seiten mit 44 Abbildungen, ISBN 978-3-8288-4023-2

€ 39,95 http://shop.humane-wirtschaft.de/Henke_FG

Wir brauchen ein anderes Geldsystem, wenn wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern wollen. Umweltzerstörung, Demokratieverlust und extreme soziale Ungleichgewichte sind unter anderem schädliche Wirkungen des bestehenden Geldsystems. Eine bessere Alternative existiert, doch sie ist noch zu wenig bekannt: Fließendes Geld.

Dieses Buch versucht den Spagat zu schaffen, einerseits in die inhaltlichen Tiefen vorzudringen, andererseits eine Verständlichkeit zu liefern, so dass es für alle Leserinnen und Leser geeignet sein soll, die sich mit dem Thema beschäftigen möchten. Der Au-

tor ist fest davon überzeugt, dass wir Menschen auch beim Geld zu neuen Wegen finden müssen.

Veränderungen im Geldsystem sind wegen gegebener Machtstrukturen nur dann erzielbar, wenn breite Bevölkerungsschichten dem Wandel zustimmen und ihn unterstützen. Dazu muss der seit Jahrzehnten stattfindende Erkenntnisprozess deutlich an Fahrt gewinnen. Geld greift mit hoher Intensität in so gut wie alle Bereiche unseres Lebens ein. Neuerungen beim Geld bringen deshalb hervorragende Potenziale für fast alle Gebiete, wie den



Schutz der Natur, die Verbesserung demokratischer Strukturen oder den Frieden. Ziel muss es sein, dass der Mensch nicht dem Geld, sondern das Geld dem Menschen dient.

Stimmen zum Buch auf <http://www.neuesgeld.net/>